

(Abgeordneter Schulze.)

(A) zu nehmen hat nicht nur auf seine Kollegen im Bundesrat, sondern auch auf die politischen Parteien. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache möchte ich doch sagen, daß in dieser Ausführung des Reichskanzlers durchaus enthalten ist. Wir sind am Ende mit der indirekten Besteuerung für die Bedürfnisse des Reiches. Das ist auch unsere Meinung, obwohl wir schon viel früher die Notwendigkeit direkter Besteuerung für das Reich gefordert haben. Wir meinen, daß es eine politische Unflughheit ganz exorbitanter Art gewesen ist, die riesig gestiegenen Ausgaben des Reiches bisher fast lediglich auf die Schultern der unbemittelten Klassen zu wälzen. Es wird immer behauptet, daß die bisherige Wirtschaftspolitik, die Zollpolitik mit einem Worte, dem Deutschen Reiche so außerordentlich zum Segen gereicht habe. Das bestreiten wir auf jeden Fall, weil diejenigen Herren, die diese Redensart aussprechen, nicht die ungeheuren Schädigungen sehen mögen, die auf der anderen Seite in der Ernährung unseres Volkes und in seinem ganzen sozialen Verhalten eingetreten sind.

Noch ein Weiteres hat diese Schutzollgesetzgebung gebracht: sie hat auf der einen Seite die Ansammlung von Riesenvermögen in verhältnismäßig wenigen Händen hervorgebracht und auf der anderen Seite die Proletarisierung weiter Schichten der Gesellschaft beschleunigt. Die Freunde dieser Gesetzgebung sehen immer nur jene große Lichtseite, während wir täglich und stündlich auch die Schattenseiten dieser Entwicklung an unserem eigenen Leibe empfinden und deshalb nicht zuletzt auch aus diesem Grunde gegen die jetzige, angeblich so segensreiche Wirtschaftspolitik ankämpfen.

(B) Aber noch eine Frage erlaube ich mir zu stellen. Glaubt man denn im Ernst, daß die Erschwerung und Verteuerung der Lebenshaltung durch die hohen Getreidezölle denjenigen zum Nutzen gereicht hat, die sie gefordert haben und heute noch eine Erhöhung fordern? Nein, bei gewissenhaftester Prüfung dieser Frage kommt jeder ehrliche Mann nach meiner Überzeugung zu der Meinung, daß der Landwirtschaft im großen und ganzen, wenigstens soweit es gerade der bedürftige Teil, der kleine Bauer ist, durch diese Zollgesetzgebung nicht nur nichts genutzt, sondern im Gegenteil geschadet worden ist. 76 Prozent unserer Bauernschaft kann nicht verkaufen, sondern muß noch hinzukaufen, und sofern auf gutem Boden der kleine Bauer mehr erzeugt, als er selbst verbraucht, muß er wieder bei reichlicher Viehhaltung zukaufen, muß Futtermittel kaufen, so daß der kleine Gewinn, den in einzelnen Fällen der kleine Bauer hat, unbedingt wieder verschwindet, sobald er Futtermittel hinzukaufen muß. Das ist die eine materielle Seite.

(C) Es gibt aber auch noch eine gewisse moralische und technische Seite. Diese besteht nach meiner Auffassung darin: wir sehen nämlich, daß eine Anzahl Kleinbauernländer — ich nenne nur Holland und Dänemark — uns in der, ich möchte sagen, Konkurrenzfähigkeit namentlich des kleinen und mittleren Bauern durchaus überlegen sind, gerade dadurch überlegen geworden sind, daß sie keine Futtermittelzölle, keine Getreidezölle haben. Wir haben gesehen, als in den Zeiten der größten Fleischnot die Grenze von Holland geöffnet wurde, daß der kleine holländische Bauer ein ausgezeichnete Fleischlieferant für uns sein kann, und wir haben gesehen, daß der in größerem Umfange mit Grundbesitz gesegnete dänische Bauer es ebenso ausführen kann. Die Verhältnisse in Deutschland bei einem vorzüglichen, vielfach vor den Türen liegenden Markt sind für den Bauern viel günstiger, und trotzdem behaupte ich: die 12 Jahre höchsten Schutzolls haben dem wirtschaftlichen Bestand, dem Vermögensbestand unserer Bauernschaft nichts genutzt, sondern geschadet. Soweit aber ein Nutzen herausgekommen ist, tritt sofort ein anderer Umstand hinzu, nämlich die Kapitalisierung des Mehrwertes, den die Grundstücke infolge der Zollgesetzgebung erreicht haben. Damals hat im preußischen Abgeordnetenhaus der Landwirtschaftsminister v. Arnim — und wenn ich mich recht erinnere, ist das auch in diesem Hause vom Ministertische aus geschehen — (D) ganz deutlich und zweifelsfrei darauf hingewiesen, daß, wenn durch die fortgesetzte Steigerung der Güterpreise die Kapitalisierung der jetzigen Zollgesetzgebung so weiter fortschreitet, im Falle der Aufhebung oder Erniedrigung der Zölle ein furchtbarer Zusammenbruch die notwendige Folge sein würde. Ich glaube doch, daß dieser Herr eine solche schwerwiegende Äußerung nicht in die Welt hinausspricht, ohne sie sich vorher genau überlegt zu haben. Eine ganze Reihe anderer Umstände, die sich genau in derselben Linie bewegen, könnte ich noch anführen; ich will das heute und bei diesem Gegenstande nicht tun. Wenn also in dieser Beziehung die indirekte Besteuerung, die Einnahmen aus den Zöllen sich für späterhin nach unserer Auffassung beim besten Willen nicht steigern lassen, dann ist die unausbleibliche Folge doch die, daß Sie die Reichseinnahme von den Leuten aufbringen lassen müssen, die bisher davon verschont geblieben sind. Aus diesem Grunde — so verstehe ich die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers — war die Einbringung und die Annahme der Vermögenszuwachssteuer eine unbedingte Notwendigkeit, eine Staatsnotwendigkeit, wie man sich in diesen Kreisen auszudrücken beliebt; und es ist merkwürdig, daß gerade diejenigen Kreise, auch hier in dieser Kammer und in der Ersten Kammer, die sich in erster Linie als